

Deutschösterreichs Unfähigkeit zur Leistung einer Kriegsschädigung.

Von einem Finanzpolitiker.

Wien, 22. Mai.

In den vorliegenden Meldungen über die Friedensbedingungen, die uns gestellt werden sollen, tritt wiederholt die Auflastung einer Kriegsschädigung hervor. Bald heißt es, daß die Länder der alten Monarchie, Oesterreich und Ungarn, die Schäden des Krieges wieder gutmachen müssen, dann ist wieder nur von einer Schadenersatzpflicht Deutschösterreichs und Ungarns die Rede, während die anderen Teilstaaten, die verhätschelte tschechische Republik und der südslawische Staat, freigegeben sollen. Dennoch lehren schon die trockenen Ziffern, die bis jetzt vorliegen, daß Deutschösterreich in keiner Weise in der Lage ist, eine Kriegsschädigung zu zahlen und daß unsere finanziellen Kräfte durch den eigenen Wiederaufbau an sich bereits auf das äußerste angespannt werden müssen, so daß für Leistungen an das Ausland nichts übrig bleiben würde.

Ein Kleinstaat von sechs Millionen Einwohnern ist aus einem großen einheitlichen Wirtschaftsgebiet von fünfzig Millionen ansgelöst und herausgeschnitten worden. Wien war das Zentrum dieses Gebietes, das finanzielle Herz und ist jetzt zwar noch immer eine Stadt von zwei Millionen, aber doch nur die Hauptstadt eines kleinen Landes. Die gewesene Steuerleistung dieses Wirtschaftszentrums kann keine Grundlage für die künftige Beurteilung seiner Steuerfähigkeit bilden. Fast alle größeren Betriebe, wo immer ihre Produktionsstätten gelegen waren, hatten ihren kommerziellen Sitz in Wien und zahlten hier einen großen Teil ihrer Abgaben. Das wird in Zukunft allmählich anders werden und darunter muß die finanzielle Leistungsfähigkeit Wiens ungenügend leiden. Eine Aufstellung über die künftigen Einnahmen und Ausgaben Deutschösterreichs, welche auf Grund eingehender Erhebungen vorgenommen wurde, zeigt, daß nur auf relativ mäßige Erträgnisse gerechnet werden kann, die in keiner Weise voll zur Tragung der schweren Lasten hinreichen. Die Hauptziffern der zu erwartenden Einnahmen sind die folgenden:

Deutscheinahmen	Ausgaben	Nettoeinnahmen
Millionen Kronen	Millionen Kronen	Millionen Kronen
Öffentliche Abgaben.....1190	60	1130
Monopole.....394	114	280
Staatsbetriebe.....966	838	128
Verwaltungseinnahmen.. 39	—	39
Summe...2589	1012	1577

Die Bruttoeinnahmen der öffentlichen Abgaben, die oben mit 1190 Millionen Kronen angegeben wurden, zerfallen in die folgenden Hauptgruppen:

Direkte Steuern.....663	Millionen Kronen
Zölle.....78	" "
Verbrauchssteuern.....168	" "
Gebühren.....281	" "

In diesen Ansätzen liegt noch immer ein sehr gutes Stück Optimismus und nur wenig Berücksichtigung der Nachkriegsverhältnisse. In den direkten Steuern sind 150 Millionen Kriegsgewinnsteuer enthalten, die verschwinden werden; die Ansätze der Einkommensteuer und Erwerbsteuer berücksichtigen noch nicht die ungünstigen Wirkungen des Abreisens der Kriegskonjunktur, der kommenden Vermögensabgabe und des Ausscheidens Wiens als industrielles und finanzielles Zentrum des alten Reiches. Die Zölle werden infolge des ungünstigen Standes der Krone im Auslande geringer fließen, weil der Import fertiger hochwertiger Waren möglichst hintangehalten werden muß. Die Erträgnisse der Verbrauchssteuern, insbesondere Bier und Branntwein, sind schon im Kriege außerordentlich gesunken und werden es noch mehr in Deutschösterreich, weil die Branntweinproduktion höchstens 11 Prozent, die Bierproduktion 50 Prozent, die Zuckerproduktion 21 Prozent der Erzeugung des alten Oesterreich ausmacht. Wenn Nordböhmen und Nordmähren wegfallen sollten, verbleiben für Deutschösterreich in Branntwein nur 9, in Bier nur 30, in Zucker nur 3 Prozent der früheren Erzeugung, so daß nur sehr geringe Erträgnisse dieser Produktionssteuern im Inlande fließen würden. Hinsichtlich der Gebühren führt der unsichere Wert der mobilen Vermögen dazu, daß Immobilien wenig verkauft werden und die Gebühren sinken. Die Einnahmen aus Eisenbahnverkehrssteuern (100 Millionen Kronen) werden durch den fast verzweifeltsten technischen Zustand der Bahnen und die verschiedenen Sperrmaßnahmen der Sukzessionsstaaten eingeschränkt. So dürften die öffentlichen Abgaben die obigen Ansätze nicht erreichen und schwerlich übertreffen. Die Einnahmen der Monopole und Betriebe zeigt die folgende Zusammenstellung:

Deutscheinahmen	Ausgaben	Nettoeinnahmen
Millionen Kronen	Millionen Kronen	Millionen Kronen
Tabak.....2938	632	2306
Salz.....220	108	112
Süßstoffe.....50	30	20
Staatslotterien... 502	368	134
Forste.....274	138	136
Montanbetriebe... 614	420	194
Staatsbahnen...6624	6398	226
Postanstalt.....1780	1106	674
Kleinere Betriebe.. 470	314	156

Auch diese rein mechanisch aus dem alten Budget Oesterreichs entwickelten Nettoziffern verraten viel Optimismus; erfahren doch die Ausgaben, wie sich täglich und stündlich immer deutlicher zeigt, eine außerordentliche Erhöhung. Dies gilt von den notwendigen Investitionen, da im Kriege an allen Neuanschaffungen sehr gespart wurde und die Betriebsergebnisse noch durch viele Jahre durch sie werden vorbelastet sein. Insbesondere kommen hierbei die Staatsbahnen in Betracht, deren technisches Material sich in einem kläglichen Zustande befindet. Auf das Tabakmonopol, das bis zum Kriege die tragfähigste Säule der Staatswirtschaft Oesterreichs war, werden die Ausgaben für Nohtabak sehr ungünstig wirken. Tabak wird auf dem Staatsterritorium Deutschösterreichs überhaupt nicht gebaut; das gesamte Rohmaterial muß daher aus dem Auslande eingeführt werden. Während früher dem Werte nach gut ein Viertel im Inlande (Ungarn, Dalmatien, Südtirol, Salizien) erzeugt wurde, bilden diese Gebiete nunmehr ebenso wie die transoceanischen Länder für Deutschösterreich

Währungsausland, so daß zu den gesteigerten Welthandelspreisen noch riesige Valutadifferenzen zuwachsen werden. Die Ursache des staatswirtschaftlichen Ruins der Monopole und Staatsbetriebe liegt aber in den Personalansgaben. Sämtliche Monopole und Staatsbetriebe zusammen werfen nicht nur keinen Reinertrag ab, sondern werden im Gegenteil Abgänge von Hunderten Millionen zeigen.

Die Gesamtnettoeinnahmen Deutschösterreichs werden daher nur mit etwa einer Milliarde veranschlagt werden können. Unter den Ausgaben sind drei Gruppen zu unterscheiden: Verwaltungsausgaben, soziale Ausgaben und Aufwand für Verbindlichkeiten. Die Verwaltungsausgaben waren schon im alten Oesterreich sehr groß. Es wird ein Menschenalter vergehen, bis die Einschränkung des Verwaltungsapparates sich auch in den Kosten wird äußern können, und auch hier wird Deutschösterreich durch die besondere Stellung Wiens benachteiligt. Die Ausgaben der Staatswirtschaft werden noch lange Zeit von Ruhebezügen belastet werden. Die Aufwendungen zur Erhaltung der sozialen Ordnung sind Arbeitslosenunterstützungen, Kosten für Kriegsinvalide und für die Volkswehr, Teuerungsgelder der Staatsangestellten und die Ausgaben zur Beschaffung von Lebensmitteln. Die Höhe dieser Ausgaben läßt sich nicht einmal für ein Jahr im voraus bestimmen. Sie sind im letzten Jahre so enorm gestiegen, daß sich ein Sinken nur langsam im Zusammenhange mit einer gesteigerten Güterproduktion vollziehen kann. Hierfür ist die Gewährung von langfristigen Rohstoffkrediten seitens des siegreichen Auslandes die Vorbedingung. Werden diese nicht erteilt, dann ist ein Sinken der sozialen Staatsausgaben nicht möglich und dann können auch die aus der Vorkriegszeit stammenden Forderungen des Auslandes, sowohl aus Warenverbindlichkeiten als auch aus Zinsen und Dividenden nicht erfaßt werden. Die dritte Gruppe sind die Verbindlichkeiten des alten Staates Oesterreich. Ein Uebereinkommen mit den Sukzessionsstaaten ist nicht zustande gekommen. Deutschösterreich kann aber unmöglich diese Verbindlichkeiten voll übernehmen. Eine geordnete Liquidation hätte das Eintreten eines fremden Schiedsrichters zur Voraussetzung, dem sich alle Sukzessionsstaaten unterwerfen müßten. Kommt es zu keiner solchen Austragung, so müßte auch Deutschösterreich wegen seiner wirtschaftlichen Schwäche schließlich dazu gedrängt werden, jede Verbindlichkeit auch gegenüber Ausländern, die gegen den alten Staat Forderungen haben, abzulehnen. Der Aufwand für alle Staatsschulden des alten Oesterreich würde fast vier Milliarden Kronen betragen. Nach dem Bevölkerungsschlüssel würden auf Deutschösterreich einschließlich der deutschen Subeteländer rund 1100 Millionen Kronen entfallen. Darüber hinaus vermöchte Deutschösterreich beim besten Willen keine Leistungen zu übernehmen. Das Ergebnis der Vermögensabgabe wird auf acht bis zehn Milliarden geschätzt. Wenn nach dem Bevölkerungsschlüssel von den Staatsschulden auf Oesterreich 29 Milliarden entfallen würden, so würde doch nur ein Drittel der Staatsschulden abgebindet werden, so daß noch immer ein Aufwand für die Staatsschuld von 730 Millionen Kronen jährlich verbliebe, wobei noch die Pensionen des alten Staates, die unbeglichenen Zahlungen der Kriegsverwaltung und der Aufwand für die neuen Schulden Deutschösterreichs nicht inbegriffen sind.

Auch bei einer solchen Lösung würden die jährlichen Ausgaben für Verbindlichkeiten, die Deutschösterreich verbleiben, die gesamten jährlichen Nettoeinnahmen fast vollkommen aufzehren. Was verbleibt dann für die normalen Kosten der Verwaltung, für Rechtspflege, Unterricht, öffentliche Sicherheit, Gesundheitswesen und soziale Fürsorge? Rechnungsmäßig nichts. Wie soll dieser Staat aber dann noch bestehen? Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß Deutschösterreich noch jahrzehntelang eine schwer desigitierte Wirtschaft wird über sich ergehen lassen müssen, ehe es in die Lage kommen kann, die Ordnung seiner Staatswirtschaft wieder herzustellen. Wohl ein Menschenalter wird vergehen, um die durch den Krieg und den Zerfall des alten Staates in entsetzliche Unordnung geratene Maschine wieder normal zu führen. Damit erledigt sich aber auch die Frage nach der Möglichkeit einer Kriegsschädigung. Bürden auf die überlasteten Schultern Deutschösterreichs noch weitere Lasten gelegt als es jene sind, die es schon heute als Wirkung des Krieges zu tragen genötigt ist, dann müßte ein Teil seines Staatsvolkes sterben, ein Teil müßte auswandern, der Rest aber würde zu kulturlosen Bettlern herabsinken, die unfähig wären, die neuen Entschädigungslasten zu tragen und die alten Auslandsverbindlichkeiten abzustatten. Auch die Feinde müssen einsehen, daß die Uebernahme einer auch noch so kleinen Kriegsschädigung durch Deutschösterreich eine Unmöglichkeit ist. Eine aufgezwungene Verpflichtung würde einfach auf dem Papier bleiben und niemals geleistet werden können.